

i Fijáate!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 306

24. März 2004

10. Jahrgang

"Nicht nur die Waren, sondern auch die Menschen sollen am Wettbewerb teilhaben"

In Zentralamerika zwingt die soziopolitische und wirtschaftliche Situation täglich Tausende von Personen zur Migration. Gleichzeitig entwickeln Mexiko und die Vereinigten Staaten eine repressive Migrationspolitik mit u.a. schärferen Kontrollen an den militarisierten Grenzübergängen zu Wasser und zu Land. Diese Situation macht die Grenzen zu einem Alptraum für viele MigrantInnen, die kein Geld haben, um einen Schlepper zu bezahlen oder die Grenzwächter zu bestechen.

Der guatemaltekische Grenzort Tecún Umán ist eine Art Flaschenhals, durch den alle Menschen aus Süd- und Zentralamerika auf dem Weg in den Norden müssen. Seit 1996 betreibt die katholische Kirche in Tecún Umán die *Casa del Migrante*, eine Art Oase für MigrantInnen, ein Ort, an dem sie auf dem anstrengenden Weg in den Norden für einige Tage ausruhen können und eine menschenwürdige Behandlung und Betreuung erfahren.

Im Folgenden spricht Padre Ademar Barilli, Gründer und Leiter der *Casa del Migrante* von Tecún Umán über die Arbeit des Hauses und seine Vorstellung einer gerechten Migrationspolitik.

Frage: Welche Unterstützung bietet die Casa del Migrante?

Padre Ademar Barilli: Wir helfen den MigrantInnen in allem, was sie brauchen. Die Leute, die hierher kommen, sind die ärmsten unter den MigrantInnen. MigrantInnen, die Geld haben, um einen Schlepper zu bezahlen, übernachten direkt in den *hospedajes*, wo sie den Kontakt mit dem Schlepper aufnehmen können. Die Menschen, die zu uns kommen, brauchen in erster Linie etwas zu essen, frische Kleider, einen Ort, wo sie vor Überfällen sicher schlafen können. Wir bieten drei Mahlzeiten täglich, geben den Leuten etwas zum Anziehen, beraten sie juristisch, falls das nötig und gewünscht ist. Wir klären die MigrantInnen auch über ihre Rechte auf, über die Menschenrechte, die sie haben, auch wenn sie illegal in einem anderen Land sind. Wir bieten ihnen medizinische Grundversorgung, wir haben eine kleine Klinik und einen Arzt. All dies ist gratis. Monatlich kommen durchschnittlich 1'050 Personen in die *Casa del Migrante*, davon sind 80% Männer.

Wir arbeiten auch mit den sog. Teilzeit-MigrantInnen, den Personen, die – meist aus Guatemala stammend – für ein paar Monate auf die Fincas in Mexiko zum Arbeiten gehen. Bei ihnen geht es vor allem um die juristische Unterstützung. Wir helfen ihnen beim Einfordern ihrer Löhne und im Kampf um humane Arbeitsbedingungen.

Frage: Handelt es sich bei den BesucherInnen der Casa del Migrante um deportierte MigrantInnen?

A.B.: Das ist unterschiedlich. Die einen kommen zum ersten Mal, andere machen den zweiten, dritten oder vierten Versuch. Mit der Politik des *Plan Sur* werden die in Mexiko gefassten Leute an die guatemaltekische Südgrenze zu Honduras oder El Salvador deportiert. Doch die meisten gehen nicht nach Hause zurück sondern unternehmen sofort wieder die Reise in den Norden. Unterwegs erfahren sie von anderen MigrantInnen von der *Casa del Migrante* hier in Tecún Umán

und sie kommen hierher, weil sie wissen, dass es ein sicherer Ort ist, wo sie Unterkunft und Hilfe erhalten.

Frage: Und von hier aus dann ein neuer Versuch Richtung Norden?

A.B.: Für Menschen, die kein Geld haben, ist die *Casa del Migrante* ein Ort, von dem aus sie ihre Reise in den Norden neu planen und organisieren können. Es ist ein Ort, wo sie Leute wiedersehen oder kennen lernen können, mit denen sie Erfahrungen austauschen und neue Pläne schmieden können. Es ist auch ein Ort, wo sie ausruhen und sich erholen können, bevor sie den nächsten Versuch wagen.

Frage: Das klingt alles sehr ruhig und friedlich. Kennt man in der Casa del Migrante keine Hektik, diese Mischung von Gewalt, Kriminalität, (Drogen-)Handel und Misstrauen, die in den Strassen von Tecún Umán überall spürbar ist?

A.B.: Wir haben mittlerweile genug Erfahrung, um die Leute einschätzen zu können und zu merken, wer sich als Migrant hier einschleicht, aber in Wirklichkeit ein Schlepper ist. Es gab noch keinen Schlepper, der es geschafft hätte, länger als zwei Tage unbemerkt hier zu sein. Es ist sehr einfach zu unterscheiden, wer MigrantIn ist und wer nicht. Die Art, sich zu kleiden, das Benehmen, etc. etc.. Wir hatten tatsächlich noch nie Gewaltprobleme hier in der *Casa del Migrante*.

Frage: Sie arbeiten auch auf politischer Ebene, sind z.B. Mitglied der Mesa de Migración (MENAMIG). Wie sieht diese politische Arbeit aus?

A.B.: Wir arbeiten nicht nur auf der humanitären Schiene, sondern wollen auch politisch Einfluss ausüben.

Die MENAMIG ist eine Gruppe von Nichtregierungsorganisationen, die sich zusammengeschlossen haben als eine Antwort auf die zunehmenden Verletzungen der Menschenrechte der MigrantInnen in Zentralamerika, ausgelöst durch die repressive Migrationspolitik der USA. Wir machen Studien zum Thema Migration, formulieren Vorschläge, wie auf regionaler Ebene das Problem angegangen werden müsste. Weiter gibt es ein Netzwerk der fünf *Casa del Migrante* (Guatemala-Stadt, Tecún Umán, sowie in Mexiko in Tapachula, Tijuana und Ciudad Juárez) und wir arbeiten auch auf UNO-Ebene zum Thema.

Frage: Sind in der MENAMIG auch die MigrantInnen selber vertreten?

A.B.: Nein. Es sind Personen und Organisationen, die für die MigrantInnen arbeiten. Es sind StudentInnen, Nichtregierungsorganisationen, VertreterInnen der verschiedenen *Casas del Migrante* und anderer Instanzen. Guatemala ist kein Land, in dem es MigrantInnen gibt, sondern ist ein Land von Familienangehörigen von MigrantInnen. Mit diesen müsste man auch arbeiten, aber leider fehlt das Interesse, bzw. suchen die Leute die Organisation erst, wenn ihre Angehörigen auf dem Weg in den Norden sterben oder verschwinden.

Frage: Was ist ihre Kritik an der Migrationspolitik der guatemaltekischen Regierung?

A.B.: Die Kongressabgeordneten, die das neue Migrationsgesetz verabschiedet haben, haben keine Ahnung von der Migrationsproblematik. Meine Hauptkritik ist, dass das Thema in der Politik ignoriert wird. Die guatemaltekische Migrationspolitik entspricht den Interessen der USA. Das Ziel ist die Ausbeutung der MigrantInnen. Man fordert quasi die Leute auf, in die USA zu gehen, um Geld nach Hause zu schicken. Doch auf dem Weg dorthin und in den USA selbst gibt es keine Gesetze, welche die MigrantInnen schützen. Für mich sind die guatemaltekischen MigrantInnen Wirtschaftsflichtlinge, die mangels Arbeitsmöglichkeit gezwungen sind, das Land zu verlassen. In Guatemala wird nichts unternommen, um die Migration zu verhindern. Dafür werden den Kongressabgeordneten die Gehälter erhöht! (Anm. der Red.: Bezieht sich auf den Vorschlag des scheidenden Kongresses vom letzten Dezember, laut dem Kongressabgeordnete höhere Gehälter sowie eine Abfindungssumme kassieren sollten. Siehe ¡Fijáte! 299) Jede Tausend Quetzales, die einE AbgeordneteR mehr

verdient, ist einE GuatemalteIn, der oder die auswandert, denn dieses Geld verschwindet aus den Töpfen, aus denen die Sozial- und Entwicklungspolitik finanziert werden müsste. Guatemala betreibt keine Migrationspolitik. Um das neue Migrationsgesetz zu erarbeiten, wurden weder Fachpersonen noch Untersuchungen herangezogen, die auch die Interessen der MigrantInnen berücksichtigt hätten. Die guatemaltekische Migrationspolitik begünstigt einzig die nordamerikanischen Interessen. Der oder die MigrantIn wird verurteilt, solange er oder sie arm ist und bejubelt, sobald er oder sie *remesas* (Geld) nach Hause schickt.

Frage: Was müsste die guatemaltekische Regierung machen, um die Migration zu verhindern?

A.B.: Viele MigrantInnen sind BäuerInnen und für die gibt es in Guatemala keinerlei Anreize oder Unterstützung, die sie veranlassen würden, hier zu bleiben und zu arbeiten. Ein wunderbares Beispiel ist das Düngemittel, das von der Europäischen Union für die guatemaltekischen BäuerInnen gespendet wurde und das von der Regierung statt verschenkt verkauft wurde. Unter solchen Bedingungen können die BäuerInnen hier nicht überleben. Ein Projekt, das ich sehe, um die Migration einzuschränken, ist die Förderung der Landwirtschaft, die Verteilung von Land an die BäuerInnen, damit diese hier arbeiten können und nicht gezwungen sind, das Land zu verlassen.

Frage: Welche Auswirkungen hat das Freihandelsabkommen TLC auf die Migration?

A.B.: Der TLC ist ein Desaster, er wird die Migration fördern. Schauen wir nur das Freihandelsabkommen zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten an. Viele mittlere und kleinere mexikanische Unternehmen sind eingegangen, die Anzahl mexikanischer MigrantInnen in den USA hat zugenommen. Guatemala liegt an der Maquila-Strasse des *Plan Puebla Panama*, und viele BäuerInnen werden in den Fertigungsfabriken Arbeit suchen. Diese Maquilas werden aber nicht ewig in Guatemala bleiben. Sobald sie gehen, wird es hier eine Arbeitslosigkeit geben und als Folge davon Migration. In den Maquilas werden die Leute ausgebeutet. Sie werden dort zwar Arbeit haben, aber nichts lernen, weil sie nur für einen beschränkten Arbeitsprozess zuständig sind.

Der TLC wird nicht von gleich zu gleich ausgehandelt. Schauen wir nur das Beispiel der Landwirtschaft an: Die

US-amerikanischen BäuerInnen erhalten Subventionen, die guatemaltekischen nicht. Kein Lamm kommt gegen einen Löwen an. Guatemala wird gezwungen sein, Mais zu importieren, weil dieser in anderen Ländern dank der Subventionen billiger produziert wird. Für die guatemaltekischen Mayas wird es am Schluss teurer sein, eigenen Mais anzupflanzen, als importierten Mais zu kaufen. In den ganzen Verhandlungen rund um den TLC wurden die Menschen vergessen. Weshalb will man die Grenzen nur für Güter öffnen und nicht für die Menschen? Nicht nur die Waren, sondern auch die Menschen sollen am Wettbewerb teilhaben! Wenn die USA ein Abkommen "von gleich zu gleich" wollen, weshalb erlauben sie nicht, dass die MigrantInnen in ihrem Land Rechte haben? Das Freihandelsabkommen TLC ist ein rein wirtschaftliches Interesse, das „Frei“ von diesem „Handel“ ist jedoch in Anführungszeichen zu setzen. Denn nur einige Waren werden frei gehandelt, und zwar die Waren, die den USA belieben. Die Personen, die für Zentralamerika an den Verhandlungen teilnahmen, vertreten ihre eigenen Interessen und sie werden sicher auch etwas vom TLC profitieren. Doch die Bevölkerung wurde weder gefragt noch informiert über die Konsequenzen des TLC.

Frage: Sie schlagen also vor, die Grenzen auch für die Menschen zu öffnen?

A.B.: Der TLC ist eine Einschränkung. Die Folge davon ist eine repressivere Migrationspolitik und eine Militarisierung der Grenzen, wo Menschen wie DelinquentInnen verhaftet werden. Keiner MigrantIn will in die USA oder nach Mexiko, um dort zu stehlen. Die MigrantInnen wollen arbeiten, um ein würdevolles Leben führen zu können. Ich weiss wirklich nicht, weshalb man so Angst vor den MigrantInnen hat.

Wenn die USA so sehr davon überzeugt sind, dass der TLC allen zu Gute kommt, sollen sie ihre Grenzen öffnen, damit die Leute auch an ihrem Wettbewerb teilnehmen können und die MigrantInnen nicht gezwungen sind, die schwerste und am schlechtesten bezahlte Arbeit zu machen, die keinE US-AmerikanerIn machen will.

Frage: Die MigrantInnen schicken Geld nach Guatemala, was hier soziale Veränderungen in den Familien und Dorfgemeinschaften zur Folge hat. Wenn die MigrantInnen zurückkommen, bringen sie andere Wertvorstellungen und Einflüsse mit. Arbeiten Sie auch zu Fragen wie Identität und den sozialen Veränderungen, die die Migration mit

sich bringt?

A.B.: Viele Leute kommen mit neuen Ideen, inkl. einer kapitalistischen Einstellung zurück. Zweifellos ist das Erhalten von Geld aus dem Ausland für viele Familien lebenswichtig. Doch diese Geldsendungen sind eine zweischneidige Sache. Ich möchte den Migranten sehen, der nach drei oder vier Jahren in den USA sein Vermögen angereichert und hier in Guatemala ein zwei- oder dreistöckiges Haus gebaut hat und der es schafft, nach seiner Rückkehr nach Guatemala diesen Lebensstandard aufrecht zu erhalten. Das ist unmöglich, sobald kein Geld mehr aus den USA fließt. Eine Sache ist, in den USA zu arbeiten und Dollars nach Guatemala zu schicken, eine andere Sache ist, zurückzukehren, für Quetzales arbeiten zu müssen und hier einen nordamerikanischen Lebensstandard führen zu wollen.

Viele Migranten kehren mit einem eigenen Fahrzeug aus den USA zurück und dieses dient ihnen hier zum Arbeiten. Doch nicht alle zurückgekehrten MigrantInnen können ins Transportwesen einsteigen, es kommt der Moment, wo dieser Arbeitszweig ausgeschöpft ist. Und der Unterhalt eines Fahrzeugs ist auch nicht billig. Irgendwann bleibt ihnen dann nichts anderes mehr übrig, als Drogen zu transportieren oder in andere dreckige Geschäfte einzusteigen.

Frage: Aber zu diesem Themenbereich arbeitet die Casa del Migrante nicht?

A.B.: Diese soziale Arbeit auf Gemeindeebene ist eher die Arbeit der Kirchen. Wir sprechen in unseren Workshops oder Vorträgen, die wir in der *Casa del Migrante* für die MigrantInnen organisieren, diese Themen an, sowohl die

positiven wie die negativen Auswirkungen der Migration. Ein anderes Thema, das wir immer ansprechen, ist die soziale Zerrüttung der Familien. In San Marcos gibt es viele alleinstehende Frauen, sog. „Witwen mit lebenden Männern“ oder „weisse Witwen“. Ihre Männer sind in den USA und haben dort eine neue Familie gegründet. Vorausgesetzt, sie kümmern sich um ihre zurück gelassene Familie in Guatemala, bedeutet es, noch mehr Geld verdienen zu müssen. Kümmern sie sich nicht um ihre Frauen und Kinder in Guatemala, gibt es keine Gesetze, die diese schützen oder die Männer dazu zwingen, für ihren Unterhalt aufzukommen.

Frage: Raten Sie den Leuten, nicht zu gehen?

A.B.: Unsere Arbeit sollte darauf hinauslaufen, dass die Leute lernen, sich hier zu organisieren, um hier zu bleiben und hier arbeiten zu können. Guatemala hat genug Land für alle. Die Idee dieser Workshops und Vorträge ist, dass die Leute lernen, hier für ihre Rechte zu kämpfen. Hier, wo sie in ihrer Sprache sprechen, in ihrer kulturellen Umgebung und auf ihre Art und Weise leben können. Aber es ist nicht an uns, zu entscheiden oder zu sagen, ob jemand geht oder nicht geht. Die Leute müssen selber entscheiden, aber sie sollen die Freiheit haben, selber entscheiden zu können.

Frage: Sie selber sind auch Migrant. Welche Migrationserfahrung haben Sie gemacht?

A.B.: Für mich war die Migration sehr bereichernd. Ich lebe nun seit bald neun Jahren hier in Guatemala. Doch auch heute noch gibt es Momente, wo

ich sagen muss, dass ich die hiesige Kultur nicht verstehe. Ich bin europäischer Herkunft, meine Vorfahren migrierten von Italien nach Brasilien. Ich bezeichne mich als privilegierten Migranten, denn ich bin unter anderen Bedingungen migriert als die Menschen, die in die *Casa del Migrante* kommen. Aber auch ich habe schwierige Momente durchlebt, zum Beispiel als ich in die USA kam und kein Wort englisch sprach. Die Behörden haben sich über mich lustig gemacht und mich nicht ernst genommen. In solchen Momenten fühlt man sich sehr schlecht. Die Mehrheit der MigrantInnen kommen aus einfachen Verhältnissen und sind schlechter gebildet als ich es bin. Sie akzeptieren diese Misshandlungen ohne sich zu wehren. Sich kulturell in einem Land einzuleben ist mehr als einfach die Sprache zu beherrschen und sich so zu kleiden wie die Leute. Es bedeutet, die Kultur zu verstehen und sich selber zu verändern. Mich kulturell einzuleben bedeutet für mich, zu lernen, das Gute einer Kultur aufzunehmen aber auch das Gute meiner Kultur weiterzugeben. In einem anderen Land zu leben ist nicht einfach. Als ich nach Guatemala kam, musste ich lernen, mit dem Erbe des Krieges umzugehen. Mit dem Misstrauen der Bevölkerung, mit der Angst, die immer noch weit verbreitet ist. Ich kann hier nicht auf die gleiche Weise Freundschaften schließen wie in Mexiko oder in Brasilien. Auf dem Papier bin ich Guatemalteke, ich fühle mich als Guatemalteke und gleichzeitig auch nicht. Ich habe gemerkt, dass es nicht auf das Papier ankommt, ob ich mich in einem Land heimisch fühle oder nicht. In diesem Sinne gibt es für mich keine Grenzen!

Vielen Dank für das Gespräch!

Rassismus à la Huntington

Washington, 3. März. Hispanische MigrantInnen, in erster Linie mexikanischer Herkunft, seien eine Bedrohung für die US-amerikanische Kultur und die nationale Einheit, ist die Schlussfolgerung, zu der der umstrittene Theoretiker Samuel Huntington in seinem jüngsten Buch *Who we are* kommt.

In seinem neuesten Werk verbreitet der Autor des Buches *Kampf der Kulturen* die These, dass "gegenwärtig die unermessliche und andauernde Einwanderung aus Lateinamerika, insbesondere aus Mexiko, die unmittelbarste und ernsteste Herausforderung für Amerikas traditionelle Identität darstellt".

Der wirkliche *american dream* sei ein Verdienst der anglo-protestantischen Gesellschaft und die Latinos könnten

ihn nur mitträumen, wenn sie in der Lage seien, auf Englisch zu träumen.

Er beschuldigt die Hispanics, sich keine Mühe beim Englischlernen zu geben, sich in die Latino-Viertel zurückzuziehen, eine schlechtere Schulbildung zu haben als andere soziale Gruppen und zu wenig Ehrgeiz und Führer-Charisma zu haben.

Bevor das Buch im Handel ist, hatte ein Vorabdruck in der Zeitschrift "Foreign Policy" bereits für Furore gesorgt. Mit der Behauptung, dass sich die mexikanischen MigrantInnen wegen ihrer grossen Zahl und der Nähe zum Heimatland gar nicht mehr in die angelsächsisch geprägte Leitkultur der USA integrieren wollten, zog sich Huntington in Mexiko den Vorwurf zu, unsachlich zu argumen-

tieren und Vorurteile zu schüren.

Der mexikanische Politologe und frühere UN-Botschafter Adolfo Aguilar Zinser schrieb in der Tageszeitung „Reforma“, dass Huntington mit seiner Befürchtung, die USA könnten in „zwei Völker, zwei Kulturen und zwei Sprachen“ zerfallen sicherlich ein weit verbreitetes Denken im Nachbarland wiedergebe. „Die nordamerikanische Gesellschaft ist aber schon jetzt keine vorwiegend anglo-protestantische nationale Gemeinschaft mehr, auch wenn die Nostalgie Huntingtons und vieler anderer dies nicht akzeptieren mag“, fügte er hinzu. Selbst Präsident George W. Bush habe dies erkannt und Wahlkampfspons auf Englisch und auf Spanisch produzieren lassen.

Fünf Jahre nach der Wahrheitskommission – und die Wiedergutmachung?

Guatemala, 19. März. Mit dem Ziel, ihre Forderungen bezüglich des nationalen *Wiedergutmachungsprogramms für die Opfer des bewaffneten Konflikts* (PNR) zu artikulieren und zu koordinieren, haben sich am 20. Februar rund 50 soziale Organisationen zur *Nationalen Koordination für die Wiedergutmachung an der Maya-, Garífuna-, Xinca- und Ladinobevölkerung* zusammengeschlossen. Der *Koordination* gehören unter anderem renommierte Organisationen wie der Witwenzusammenschluss CONAVIGUA, die BäuerInnenorganisation CONIC, die Menschenrechtsorganisationen GAM und CERJ an, sowie eine Vielzahl kleiner, lokaler Gruppierungen, in denen sich Opfer bzw. deren Hinterbliebene für die Einforderungen ihrer Rechte vereint haben.

Gemäss Rosalina Tuyuc von CONAVIGUA will die *Koordination* einerseits konkrete Vorschläge an die Regierung machen, wie und an wen eine Wiedergutmachung geleistet werden soll. Zum anderen will man aber auch das bestehende Programm der Regierung kritisch begleiten und dessen soziale und ökonomische Implementierung überwachen. Bei der öffentlichen Präsentation des neugegründeten Zusammenschlusses wurde Präsident Berger an sein Versprechen erinnert, das er während der Wahlkampagne gegenüber 5'000 VertreterInnen der Kriegsoffer gegeben hatte. Dazu gehörte unter anderem die Zusage, dass er die Empfehlungen der Wahrheitskommission (CEH) in seine Staatspolitik aufnehmen wolle. Ebenfalls versprach er damals, das Gesetz über die Wiedergutmachung umzusetzen, ins aktuelle Wiedergutmachungsprogramm die Forderungen der sozialen Organisationen aufzunehmen und in den ersten fünf Monaten seiner Regierungszeit eine *Nationale Kommission für die Suche nach den Verschwundenen* einzusetzen.

Am 25. Februar jährte sich zum 5. Mal die Veröffentlichung der Ergebnisse und Empfehlungen der Wahrheitskommission. MenschenrechtsaktivistInnen beklagten anlässlich des Jahrestages, dass die Regierung bisher viel zu wenig unternommen hat, um die versprochene physische, psychologische und finanzielle Wiedergutmachung in die Wege zu leiten. Im ganzen Land gab es zu diesem Jahrestag, der auch Nationaler Tag der Kriegsoffer ist, Aktivitäten und Gedenkgottesdienste. In Comalapa, wo seit Monaten eine Exhumierung durchgeführt wird, wurde am 25. Februar ein Monument zu Ehren der Opfer er-

richtet, in der Hauptstadt fand eine Demonstration statt, deren Hauptforderung die Umsetzung der Empfehlungen der CEH war, in Chiquimula wurden u.a. verschiedene Filme zum Thema Krieg und Versöhnung gezeigt.

Präsident Berger seinerseits versprach, die Umsetzung der Friedensabkommen endlich voranzutreiben und sprach von drei prioritären Massnahmen: Die Durchführung des Nationalen Wiedergutmachungsprogrammes, die Schaffung einer Kommission für die Friedensabkommen, die eine Art erweiterte Begleitkommission (die es ja theoretisch bereits gibt) ist, und in der auch die Parteien vertreten sind, sowie die Reaktivierung des Steuerpaktes. Wie viel mehr als nur leere Versprechungen dies sind, wird sich zeigen, denn:

Alle drei Initiativen hatte sein Vorgänger Alfonso Portillo während seiner Regierungszeit zwar lanciert und damit gewisse Hoffnungen innerhalb der Zivilgesellschaft geschürt, jedoch nie konkrete Schritte zur Umsetzung unternommen. Während das Thema Friedensabkommen vorwiegend stagnierte, wurde in der Frage des Steuerpaktes immerhin ein breiter Konsens geschafft, bevor schliesslich die Regierung selber zum Rückzug bliess und das Thema „bis auf weiteres“ auf Eis gelegt, währenddessen, wie sich heute herausstellt, hohe Regierungsbeamte (u.a. der Chef der Steuerbehörde SAT) die Staatskassen leerten. Im Rahmen des von Portillo eingesetzten Wiedergutmachungsprogramms wurde zwar eine multiinstitutionelle Kommission gegründet und ein Budget verabschiedet, doch fühlten sich viele Menschenrechtsorganisationen durch das Auswahlverfahren, mit dem der Leiter dieser Kommission, Francisco Calí, bestimmt wurde, hintergangen. Nicht zuletzt deshalb gründeten sie jetzt ihre neue *Koordination*. Sei es, weil Calí auf die Kollaboration dieser, in der Frage der „Wiedergutmachung“ wichtigen Organisationen verzichten musste, oder weil vom versprochenen Budget nur ein Bruchteil wirklich zur Verfügung stand, Tatsache ist, dass seit der Verabschiedung des Programms nicht viel zur Wiedergutmachung an den Opfern des bewaffneten Konflikts getan wurde. Derweil erhielten die ehemaligen Zivilpatrouillisten (Ex-PAC) bereits teilweise ihre Entschädigungszahlungen, was die Unzufriedenheit der „Opfer“ zusätzlich nährt.

Am 10. März ernannte Berger die Mitglieder der versprochenen Begleit-

kommission für die Friedensabkommen. Zwar gelang es ihm, mit Rosalina Tuyuc (CONAVIGUA), Eleonore Murallas (Madres Angustiadas) und Daniel Pascual (CONIC) u.a., wichtige VertreterInnen der Volksorganisationen einzubinden. Doch drängt sich die Frage auf, weshalb eine neue Kommission gegründet werden muss, wenn es doch bereits diverse, auf unterschiedlichen Ebenen arbeitende Institutionen und Kommissionen gibt, die sich der Umsetzung der Friedensabkommen verpflichtet haben.

Die nächste Probe, die Berger zu bestehen hat, ist die Ernennung der Nachfolge von Francisco Calí, dem bisherigen Leiter des Wiedergutmachungsprogramms. Sowohl die multiinstitutionelle Kommission wie auch die neugegründete *Koordination* haben ihre KandidatInnen vorgeschlagen. Seitens der *Koordination* ist es Rosalina Tuyuc, die als Frau, Indígena und „Opfer“ beste Voraussetzungen für diesen Posten mitbringt. Unabhängig davon, wer ernannt wird, rufen die in der *Koordination* zusammengeschlossenen Menschenrechtsorganisationen für den 30. März zu einer grossen Demonstration in der Hauptstadt auf, mit der Präsident Berger aufgefordert werden soll, die Versprechen, die er gegenüber den Maya-, BäuerInnen- und Menschenrechtsorganisationen gegeben hat, einzuhalten.

¡Fijáte!

Herausgegeben von:
Solidarität mit Guatemala e.V.

Bankverbindung:

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Aboverwaltung:

Ewald Seiler

Rahel-Varnhagen-Str. 15

79100 Freiburg

fijate@web.de

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treeck

c-tree@gmx.net

Jahres-Abo: 55.- €

Auslands-Abo: 60.- €

E-Mail-Abo: 50.- €

Erscheinungsweise

14-täglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

"Der bewaffnete Konflikt brach mit allem"

Guatemala, 12. März. (*Inforpress*). Seit den neunziger Jahren führen einige forensische AnthropologInnen Exhumierungen durch, um jene Körper auszugraben, die während des bewaffneten Konflikts „verschwunden“ sind, damit die Geschichte des Landes nicht nur von den „Siegreichen“ geschrieben wird. Diese Organisationen suchen eine Archäologie der Versöhnung zu realisieren, doch ist dies ein langer Weg. Anlässlich des *Nationaltags der Kriegsoffer* weihte am 25. Februar die Witwenorganisation CONAVIGUA ein Mahnmal in Comalapa mit den Namen der etwa 250 Personen der Gemeinde ein, die während des Krieges gestorben oder verschwunden waren. Die Mehrheit der Verschwundenen in dieser Gemeinde fanden zwischen 1981 und 1983 statt, Jahre, in denen laut der Wahrheitskommission CEH 81% der Menschenrechtsverletzungen während des Krieges begangen wurden.

Laut Alan Robinson, Direktor der Forensisch-Anthropologischen Vereinigung FAFG ist der Erfolgsgrad beim Identifizieren der Leichen mit 56% relativ hoch. Jedoch stellt der Fall Comalapa einen besonderen dar. Viele der Körper, ob tot oder lebendig, waren damals aus anderen Departements wie Huehuetenango oder Quiché hergebracht worden, was das Erkennen und Zuordnen deutlich erschwerte.

In den letzten 12 Jahren hat die FAFG insgesamt rund 3'000 Leichen ausgegraben. Darunter fanden sich vollständige Körper in individuellen Särgen, aber auch viele Skeletteile, die in Massengräbern angehäuft waren. Die Daten der CEH sprechen von rund 650 geheimen Massengräbern und Friedhöfen, die AnthropologInnen schätzen sie auf das Doppelte. „Wenn wir in diesem Rhythmus weiterarbeiten, brauchen wir noch etwa 15 Jahre zur Bergung aller Körper“, so Robinson.

„Wenn von den Opfern gesprochen wird, die ihr Leben gegeben haben, denen, die immer noch an Händen und Füßen in den geheimen Gräbern gefesselt sind, die Frauen, die immer noch unter der Erde mit verbundenen Augen und Mündern liegen - immer noch fragt sich die Gesellschaft: „Sagen sie wirklich die Wahrheit?“ so Rosalina Tuyuc, von CONAVIGUA in ihrer Rede am 25. Februar.

Die Sehnsucht danach, Gerechtigkeit zu erlangen, ist einer der Motoren, der die Exhumierungen vorantreibt. Angesichts der Behauptungen von denjenigen, die immer noch – und immer wieder – den Genozid leugnen, bekommt die Notwendigkeit, die Leichen der Verschwundenen, den deutlichsten Beweis für die Brutalität des bewaffneten Konflikts, zu finden, einen besonderen Stellenwert. Erst kürzlich äusserte Otto Pérez Molina, der Sicherheits- und Verteidigungsbeauftragte der neuen Regierung, dem während der blutigsten Jahre des Krieges eine entscheidende Rolle im Departement Quiché zugeschrieben wird, gegenüber *Inforpress*: „Hier gab es keinen Völkermord, hier war das Schlachtfeld für das, was zwischen den Vereinigten Staaten und Russland stattfand. Wir stellten die Toten und sie die Ideologie.“

Theoretisch obliegt es der Staatsanwaltschaft, die Menschenrechtsverletzungen zu untersuchen. Diese Institution müsste eigentlich auch die Exhumierungen realisieren. Doch es ist offensichtlich, dass es ihr an Ressourcen fehlt, und was noch schwerer wiegt, dem Staat mangelt es eindeutig am politischen Willen. „Wir sind dazu verpflichtet zu ermitteln, so Sandra Sosa, Leiterin der Spezialstaatsanwaltschaft. Doch sie fügt gleich hinzu, dass nur drei Personen speziell die Massaker untersuchen, die während der Regimes von Lucas García (1978-82) und Ríos

Montt (1982-83) begangen wurden.

Die AnthropologInnen müssen sich nicht nur mit der Ineffizienz oder Passivität der Staatsanwaltschaft auseinandersetzen, sie werden zudem ständig mit Drohungen konfrontiert. „Hört auf, Knochen auszubuddeln, sonst werden es bald eure Knochen sein, die ausgegraben werden“, so ein Brief im Jahr 2002 an die drei derzeit mit Exhumierungen beschäftigten Organisationen FAFG, CAFCA (*Zentrum für Forensische Analyse und angewandte Wissenschaften*) und ODHAG (*Erzbischöfliches Menschenrechtsbüro*).

Für ein Verständnis der Notwendigkeit der Exhumierungen muss neben dem Aspekt, das historische Gedenken zu wahren und Gerechtigkeit zu üben, auch die Maya-Tradition mit einbezogen werden. „Ein guter Teil der inneren Ruhe und des Ertrags im Leben hängt davon ab, keine Schulden gegenüber den Vorfahren zu haben. Das Prinzip der Reziprozität der Maya-Religion hilft uns zu verstehen, bis zu welchem Punkt sich die Lebenden und die Ahnen gegenseitig brauchen“, so Fernando Suazo. „Demgemäss muss jedeR in Frieden von dieser Welt gehen. Traditionell versammeln sich die Angehörigen und FreundInnen des verstorbenen Menschen um diesen, um sich von ihm zu verabschieden. Denn nach dem Sterben verbleibt die Person da, in einer anderen Dimension, und es ergibt sich ein Dialog zwischen dem verstorbenen Menschen und den lebenden Verwandten.“

"Der bewaffnete Konflikt brach mit all diesem", so der spirituelle Maya-Führer Felipe Gómez. Denn wenn eine Person nicht angemessen beerdigt wird, hat sie als verstorbene nicht ihren Frieden. Die Überreste zu bergen bedeutet, die Kommunikation wieder zu erlangen und somit auch als Lebende die Ruhe und den Frieden wieder zu finden.

Bananen für Zacapa

Zacapa, 17. März. Als Teil des Programms "Front gegen den Hunger", mit dem die Regierung Berger in verschiedenster Form der Problematik der Unter- und Mangelernährung in vielen Teilen des Landes zu begegnen plant, wurden nun an die regionale Niederlassung des *Ministeriums für Landwirtschaft und Ernährung* (MAGA) in Zacapa 4'781 Kisten Bananen weitergeleitet, deren Inhalt an die SchülerInnen der Vor-, Grund- und weiterführenden Schulen verteilt werden. Das Hand-in-Hand-Gehen zwischen Regierung und Wirtschaft scheint zu funktionieren. So bezeichnete der Agronom Mario Godínez von der Vereinigung *Ceiba* und Mitglied des *Globalen Rundtisches von Guatemala*, diese Millionen-Bananen-Spende als eine "positive Aktion der Monopol-Unternehmen" dieser Frucht. Sie sei eine Hilfsaktion der Privatinitiativ-

ve, die in der Wahlkampagne die Partei *Grosse Nationale Allianz* (GANA) unterstützt habe; wobei just diese, nun an der Regierung, derzeit in finanziellen Klemmen steckt, um die vielfältigen gegebenen Versprechen zu erfüllen.

Für den Bananen-Sektor bot sich dabei die Gelegenheit, die vom US-amerikanischen Markt nicht zugelassenen Exportprodukte grosszügig in Spenden umzudeklarieren, müssen diese doch keinen Standards entsprechen.

Von den Modifikationen der Importlegislation der USA sind viele guatemaltekische Produkte betroffen, die nicht die Kontrollen gegen den "Bioterrorismus" und der verstärkten Hygienestandards passieren. Folge davon ist ein grosser Wettbewerbsnachteil für Guatemala und der Rückfluss vieler zum Export bestimmter Produkte, die schliesslich im eigenen

Land vermarktet – oder verschenkt – werden müssen. Doch im Endeffekt stelle auch diese Massnahme lediglich eine Palliativpolitik gegenüber der Problematik der Ernährungsversorgung mit eigentlich obligatorisch vom Staat zu stellenden Frühstück, Zwischenmahlzeit und Mittagessen in den Schulen dar, die aufgrund des erhöhten Haushaltsdefizits in keiner der offiziellen Schulen ankämen, so Godínez.

Ein Vertreter des MAGA gab bekannt, dass die Bananen von der *Banangesellschaft von Guatemala* (COBIGUA), auch bekannt als "Chiquita" dem Regierungsprogramm zur Verfügung gestellt wurden, das von der Präsidentengattin Wendy Witman und dem Vizeministerium zur Bekämpfung des in Guatemala weit verbreiteten Hungers in die Wege geleitet wurde. Wie gut, dass man einander helfen kann.

¡Se busca!

Guatemala, 19. März. Die guatemaltekische Regierung lässt sich die Suche nach den flüchtigen, der Korruption verdächtigen ehemaligen Staatsangestellten etwas kosten. Insgesamt will sie 1 Mio. Quetzales (ca. US-\$ 125'000) an Kopfgeldern aufwerfen, allein 200'000 Q für Hinweise, die zur Verhaftung von Marco Tullio Abadío, Ex-Chef der Steuerbehörde (SAT) führen. Im ganzen Land sollen Wanted-Bilder des Flüchtigen aufgehängt werden, damit sich die Bevölkerung an der "Suche" beteiligen kann.

Um eine mögliche Flucht zu verhindern, wurde präventiv der ehemalige Innenminister Byron Barrientos erneut verhaftet. Der Skandal im Innenministerium war im Jahr 2001 einer der ersten, der im Verlauf der FRG-Regierung aufflog. Barrientos, der Hinterziehung von 81 Mio. Quetzales angeklagt, verbrachte bereits mehrere Monate im Gefängnis, wurde dann aber auf Kaution freigelassen.

Ebenfalls freigekauft, und damit einer Gefängnisstrafe entkommen, haben sich der ehemalige FRG-Abgeordnete Jorge Arévalo, zwei Enkel von Ex-General Ríos Montt sowie weitere AnhängerInnen der FRG. Sie alle waren angeklagt im Zusammenhang mit den gewalttätigen Ereignissen vom 24. und 25. Juni 2003 bzw. mit den tätlichen Angriffen auf Rigoberta Menchú am 9. Oktober 2003.

Gegen den nach wie vor flüchtigen Ex-Präsidenten Alfonso Portillo soll gemäss Wunsch der Staatsanwaltschaft ein internationaler Haftbefehl ausgestellt werden. Portillo hält sich vermutlich in Mexiko auf, wo er sich, solange kein internationaler Haftbefehl vorliegt, frei bewegen bzw. auch das Land verlassen kann. Erstaunlich ist, dass Portillo nicht etwa wegen seiner Verwicklung in den Korruptionsfall *Conexión Panamá* gesucht wird, sondern wegen Komplizenschaft bei den Ereignissen vom letzten Juni, in deren Verlauf der Journalist Héctor Ramírez verstarb.

Ebenfalls in dieser Sache (und NUR in dieser, nicht etwa wegen der seit langem unbearbeiteten Anklage wegen Fälschung des Alkoholgesetzes oder wegen Massakern und weiteren Menschenrechtsverletzungen, deren er sich während seiner Regierungszeit verantwortlich machte) wurde am 8. März Ríos Montt auf die Anklagebank geladen. Und obwohl laut Staatsanwaltschaft genügend Beweise für eine Beteiligung des Ex-Generals an den Unruhen vom 24. und 25. Juni vorliegen, hat der zuständige Richter bloss einen Hausarrest gegen ihn ausgesprochen und nicht, wie allgemein erwartet wurde, Präventivhaft. Unter Hausarrest versteht Richter Víctor Hugo Herrera lediglich, dass Ríos Montt das Land nicht

verlassen darf, ansonsten kann er machen, was er will.

Offenbar traut man sich in Guatemala nach wie vor nicht, *El General* zu nahe zu treten. Wer es trotzdem tut, wie die Staatsanwältin Thelma Peláez de Lam, zuständig für die Untersuchung von Angriffen auf MenschenrechtsaktivistInnen, muss mit dem Schlimmsten rechnen. Sie wurde von zwei Männern auf einem Motorrad verfolgt und mit Waffen bedroht und als ihre Leibwächter anhielten und

die Männer zur Rede stellten, gaben sie sich als Sicherheitsspezialisten der Armee aus.

Was in Guatemala (noch) nicht möglich ist, geschieht dafür anderswo: Am 6. März wurde Efraín Ríos Montt in Montreal, Kanada, von einem Ehrengericht moralisch für schuldig erklärt wegen des Genozids an der indigenen Bevölkerung Guatemalas. Dabei stützte man sich auf den Paragraphen 376 des Internationalen Strafgesetzes.

Neues aus der Generalstaatsanwaltschaft

Guatemala, 10. März. RechtsanwältInnen, BotschafterInnen, JournalistInnen, ein ehemaliger Direktor der *Nationalen Zivilpolizei* (PNC), ein ehemaliger Richter, ein Sohn eines Richters des *Höchsten Gerichtshof* (CSJ) sowie ehemalige Armee-Spezialisten: mehr als 200 Personen stellten das Gefolge des ehemaligen Generalstaatsanwaltes Carlos David de León Argueta. De León nahm sie mittels des „Postens 029“ unter zeitlich befristeten Vertrag, um ihnen in ihrer Mehrheit grosszügige Gehälter zu zahlen, die meist das übertrafen, was ein Abteilungsstaatsanwalt mit etwa 15'000 Quetzales (ca. US-\$ 1'875,-) im Monat bezieht. Die Liste beinhaltet die Namen und Gehälter von 277 von de León im Jahr 2003 Angestellten für die Ausführung von „technischen und fachspezifischen Aufgaben“. Manche von ihnen verdienten 300'000 Q (ca. US-\$ 37'500) im Jahr, ohne je in ihren Monatsberichten dies mittels durchgeführter Aktivitäten zu rechtfertigen. Im vergangenen Jahr wies de León mehr als US-\$ 3 Mio. den Verträgen zugunsten von Freunden, Nahestehenden und gar Angestellten seiner Konstruktionsfirmen zu.

Laut den WirtschaftsprüferInnen des *Nationalen Rechnungshofs* (CGCN), der sich bereits mit den Ermittlungen beschäftigt, präsentierten viele der entsprechenden Angestellten Monat für Monat Be-

richte gleichen Inhalts, in denen allein das Datum aktualisiert worden war.

Derweil kursieren Gerüchte, dass der Ex-Generalstaatsanwalt de León und seine ehemalige Sprecherin Ana Lucía Alejos Botrán trotz Ausreiseverbotes das Land verlassen haben sollen, Grund genug für den Antrag eines internationalen Haftbefehls gegen beide. Ihnen wird versuchter Mord – an Alejos Ex-Mann - und Entführung einer Minderjährigen – der Tochter von Alejos und Ex-Mann – vorgeworfen (vgl. ¡Fijáte! 305). Angeblich ist Lucía Alejos Ende Februar nach Belice und de León zur selben Zeit nach Frankreich ausgereist.

Der neue Generalstaatsanwalt Juan Luis Florido wurde unterdessen vorläufig einstimmig vom Verfassungsgericht in seinem Amt bestätigt. Zwei Einsprüche waren nach seiner Berufung durch Präsident Berger eingereicht worden, die auf das verfassungswidrige Ernennungsverfahren abzielten, was von den HüterInnen der Carta Magna jedoch nicht bestätigt wurde. Das Verfahren bleibt bis zum endgültigen Entscheid bestehen.

Florido hat inzwischen erste Massnahmen in seiner neuen Funktion ergriffen und ist derzeit dabei, mittels Überprüfungen von Personal-, Mietwagen- und Publikationsverträgen den Haushalt der Staatsanwaltschaft zu reorganisieren.

Die neue Karriere von Celvin Galindo

Guatemala, 12. März. Celvin Galinde, der als ehemaliger Staatsanwalt einen Teil der Untersuchungen im Mordfall von Bischof Juan José Gerardi führte und der Anfang Oktober 1999 wegen Drohungen den Fall abgab und ins Exil reiste, ist zurück in Guatemala.

Kaum hier angekommen, wurde er vom kürzlich von Präsident Berger ernannten Generalstaatsanwalt Juan Luis Florido zum neuen Sonderstaatsanwalt für Korruptionsfälle ernannt. Seine Vorgängerinnen Karen Fischer und Tatjana Morales gaben ihr Amt mehr oder weniger freiwillig ab, die bisher amtierende Lily

Chinchilla wurde gemäss Florido wegen „Ineffizienz“ ersetzt.

Zu den Fällen, die Galindo untersucht wird, gehört u.a. der *Fall Panamá* in dem Ex-Präsident Portillo und andere ehemalige Regierungsmitglieder verdächtigt werden, Staatsgelder abgezweigt zu haben. Galindo selber erklärte, die dringenden Fälle, denen er sich annehmen werde, seien der Korruptionsskandal im Sozialversicherungswesen IGSS, das Verschwinden von Geldern aus dem Innenministerium unter Byron Barrientos und der Fall des militärischen Vorgesangsinstituts IMP.

